

Niederschrift

ACuI/002/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Rheine
am 03.03.2026

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Manoharan Murali

Vorsitzender

Mitglieder:

Herr José Azevedo

CDU

Ratsmitglied

Frau Clara Calitri

DIE LINKE

Ratsmitglied

Frau Emine Dursun

Mitglied

Herr Mirco Hagemann

Mitglied

Frau Dr. Gertrud Hovestadt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Frau Gabriele Leskow

SPD

Ratsmitglied

Frau Lydie Michele Ngo Mong

Mitglied/1. stellv. Ausschussvorsitzende

Herr Vincenzo Pirone

Mitglied

Herr Heiko Schomaker

FDP/UWG

Ratsmitglied

Frau Rabia Sherzai

Mitglied

Herr Waldemar Vogel

Mitglied

Verwaltung:

Frau Wiebke Gehrke

Leiterin Fachbereich 8

Herr Christian Probst

Schriftführer

Frau Dunja Wegmann

Leiterin Beratung und Begleitung von Zugewanderten

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Susanne Bien-Ahrens		Mitglied
Frau Maria da Soledade Orfao Ribeiro Rodrigues		Mitglied/ 2. stellv. Ausschussvorsitzende
Frau Laura Grasler	AfD	Ratsmitglied
Herr Eric Luzolo Luanzambi		Mitglied
Frau Helena Wirt		Mitglied
Herr Oleh Pavlo Zablotskyi		Mitglied

Herr Murali eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 001 über die öffentliche Sitzung am 09.12.2025

Es gibt keine Anmerkung zur Niederschrift.

2. Information/Bericht der Verwaltung

Frau Gehrke berichtet über die Ausweitung der Online-Dienste in der Ausländer Behörde, über die Veranstaltung zur weiblichen Genitalverstümmelung vom 12.02.2026 und über Veranstaltungen zum internationalen Frauentag am 06.03.2026. Die Ausführungen sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Zudem erinnert sie an die Qualifizierungsreihe der Volkshochschule Rheine in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Volkshochschulen und dem Landesintegrationsrat. Diese umfasse ein Basismodul am 18. April und ein Aufbaumodul am 9. Mai. Die Teilnahme ist kostenlos.

Frau Gehrke erläutert, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine neue Regelung eingeführt habe, wonach nur noch Teilnehmende mit einer Verpflichtung zu einem Integrationskurs eine Kostenübernahmezusage erhielten. Dies betreffe aktuell sieben Personen, die nun einen Eigenbeitrag von 230 Euro leisten müssten. Sie verweist auf die Sprachoffensive der Stadt Rheine, die kostenfreie Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene anbiete und noch freie Plätze habe.

Abschließend informiert Frau Gehrke über die Einführung einer Bezahlkarte für Personen im Asylverfahren. Die Stadt Rheine habe am 25. Februar die Verwaltungsvereinbarung zur Kosten-

übernahme mit dem Land NRW unterzeichnet. Die Bezirksregierung werde der Stadt weitere Unterlagen zur Verfügung stellen, und die konkrete Zeitplanung werde in Abhängigkeit von der Bereitstellung dieser Unterlagen erfolgen. Der Ausschuss werde über den Fortschritt informiert.

Herr Azevedo erkundigt sich, ob die für die Onlinedienste erforderliche Ausweis-App auch mit internationalen Ausweisen funktioniere. Frau Gehrke erklärt, dass die Onlinedienste vom Land bereitgestellt würden und die Antragstellung in der Regel eine persönliche Vorsprache erfordere, weshalb eine komplett kontaktlose Beantragung derzeit nicht möglich sei.

Herr Schomaker fragt, ob Termine in der Ausländerbehörde nun ebenfalls online vereinbart werden müssten. Frau Gehrke bestätigt, dass dies wünschenswert sei, da es die Sachbearbeitung erleichtere. Darüber hinaus können Termine telefonisch oder per E-Mail vereinbart werden.

Frau Dr. Hovestadt fragt, ob die Onlinedienste des Bürgerbüros und der Ausländerbehörde dieselbe Benutzeroberfläche hätten. Frau Gehrke bestätigt, dass beide dieselbe Systemebene für die Terminbuchung nutzen.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

4. Benennung eines Mitglieds sowie eines/einer Vertreters/in für die Kommunale Gesundheitskonferenz Kreis Steinfurt Vorlage: 101/26

Frau Gehrke führt in den Tagesordnungspunkt ein. Sie führt aus, dass die Kommunale Konferenz Alter und Pflege des Kreises Steinfurt ein Gremium zur Koordinierung und Weiterentwicklung der sozialen und pflegerischen Versorgungsstrukturen im Kreisgebiet darstelle. Der Kreis Steinfurt hat den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration gebeten, eine Vertretung zu benennen, um kulturelle Anforderungen in der Pflege von kranken und älteren Menschen mit Migrationshintergrund in die Konferenz einzubringen.

Die erste Sitzung der Konferenz finde am 11. März um 17:00 Uhr im Kreishaus Steinfurt statt, die zweite Sitzung sei für den 14. Oktober terminiert. Die Konferenz tagt in der Regel zweimal jährlich.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration benennt als Mitglied sowie als Vertretung für die Teilnahme an der „Konferenz Alter und Pflege“ des Kreises Steinfurt:

Mitglied: Herr Pirone

Vertreterin: Frau Sherzaj

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beide nehmen die Wahl an.

**5. Benennung der Mitglieder für den Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit
Vorlage: 104/26**

Herr Murali leitet anschließend zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Er erläutert, dass gemäß der Geschäftsordnung fünf Mitglieder für die Öffentlichkeitsarbeit gewählt werden müssen. Drei dieser Mitglieder seien die Vorsitzenden. Es müssten noch zwei weitere Mitglieder benannt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration benennt folgende Mitglieder für den Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“:

1. Mitglied: Herr Vogel

2. Mitglied: Frau Calitri

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

**6. Besetzung der Lenkungsgruppe Kommunales Integrationsmanagement (KIM) Kreis Steinfurt
Vorlage: 107/26**

Frau Gehrke teilt mit, dass der Kreis Steinfurt die Stadt Rheine gebeten habe, ein ständiges Mitglied sowie eine Vertretung für die Lenkungsgruppe auf Kreisebene zu benennen. Sie informiert, dass die Sitzungen der Lenkungsgruppe in der Regel zweimal jährlich, im Juni und im November, am Vormittag stattfinden würden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration bestellt folgendes Mitglied als ständiges Mitglied in der Lenkungsgruppe Kommunales Integrationsmanagement (KIM) des Kreises Steinfurt:

Ständiges Mitglied: Herr Murali

2. Für den Fall der Verhinderung des ständigen Mitglieds wird als Vertreter/in benannt:

Vertreterin: Frau Leskow

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beide nehmen die Wahl an.

7. Jahresbericht der Ausländerbehörde 2025
Vorlage: 076/26

Frau Gehrke teilt mit, dass der Jahresbericht der Ausländerbehörde Rheine vorgelegt wurde und dieser ebenfalls in der Sitzung des Sozialausschusses behandelt werde. Sie führt aus, wie hoch der Personenanteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit sei und wie sich diese zusammensetzen.

Frau Gehrke beschreibt die Netzwerkarbeit der Ausländerbehörde Rheine, die sich als Willkommensbehörde verstehe. Sie sei in lokalen und regionalen Netzwerken aktiv, darunter das kommunale Integrationsmanagement und der fachliche Austausch mit anderen Ausländerbehörden im Münsterland. Zudem stehe die Behörde im Dialog mit Arbeitgebern, um die Beschäftigung ausländischer Fachkräfte zu fördern und eine gute Beratung zu gewährleisten.

Frau Gehrke geht auf die Digitalisierung ein und berichtet, dass mit Fördermitteln des Landes NRW eine Dokumentenausgabebox angeschafft wurde. Diese ermögliche es, Ausweisdokumente während der Rathausöffnungszeiten abzuholen.

Abschließend erwähnt Frau Gehrke, dass die Anzahl der zugewiesenen Asylbewerber derzeit stagniere. Sie weist jedoch darauf hin, dass weiterhin Zuwanderung über andere Wege, wie das EU-Freizügigkeitsrecht und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, erfolge. Sie informiert zudem über die geplante Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) an der Neuenkirchener Straße, deren Baubeginn für Sommer oder Herbst des laufenden Jahres vorgesehen sei.

8. Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes
Vorlage: 057/26

Frau Gehrke erläutert, dass dem Sozialausschuss sowie zukünftig auch dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration jährlich ein Bericht zum dezentralen Unterbringungskonzept im Flüchtlingsbereich vorgelegt werde. Der Bericht biete einen Überblick über die aktuelle Wohnraumsituation, die Belegkapazitäten sowie die Fluktuation, die durch die Bewegung auf dem privaten Wohnungsmarkt entsteht.

Frau Gehrke führt weiter aus, dass der Wohnungsbestand auch im Zusammenhang mit Wohnungsnotfällen betrachtet werde. Es gebe ein Konzept, das einen Teil der Wohnungen für besonders vulnerable Zielgruppen vorsehe, wie etwa Familien, die aufgrund von Räumungsklagen ihre Wohnung verlieren, oder junge Menschen, die aus der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit übergehen.

Herr Schomaker erkundigt sich nach der Kooperation mit dem Frauenhaus und erwähnt das Kremerhaus als Beispiel für soziale Einrichtungen. Frau Gehrke bestätigt dies und ergänzt, dass das Kremerhaus über 14 Plätze für Notübernachtungen verfüge. Sollte dies nicht ausreichen, stünden weitere Objekte als Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung. Sie erwähnt zudem, dass eine der mobilen Wohneinheiten voraussichtlich für das Projekt „Housing First“ genutzt werde.

Frau Dr. Hovestadt verweist auf die Angaben auf Seite 4 der Vorlage und stellt fest, dass insgesamt 162 Wohnungen vorhanden seien, von denen neun außerhalb des Flüchtlingsbereichs belegt seien. Sie fragt, ob auch Frauen aus dem Frauenhaus in diesen Wohnungen untergebracht würden. Frau Gehrke bestätigt dies und erklärt, dass bei Kooperationen mit dem Frauenhaus vor allem Kontakte zur Wohnungswirtschaft genutzt würden, um Wohnungen über Wohnungsgesellschaften oder andere Träger bereitzustellen.

**9. Anpassung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises
Vorlage: 075/26**

Herr Murali äußert den Wunsch, Punkt 2 des Beschlusses zu entfernen, da der Sozialausschuss nicht für die Vergabe zuständig sei. Frau Gehrke pflichtet bei, dass die Zuständigkeit für den Integrationspreis ausschließlich beim Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration liege beziehungsweise beim Rat, der die Richtlinien beschließe. Sie erklärt, dass sie dem Vorschlag von Herrn Murali folgen werde und im Sozialausschuss am folgenden Tag auf die Absetzung der Vorlage hinweisen wolle. Für den Rat werde es eine Ergänzungsvorlage mit angepassten Richtlinien geben, die auch die Zusammensetzung der Bewertungsjury betreffe.

Herr Azevedo stellt den Antrag, dass die Ziffer 5 (Verfahren) in so weit abgeändert wird, dass es maximal zwei Preisträger geben kann. Bei der Auszeichnung von Einzelpersonen soll möglichst eine Person aus der Gruppe der Migranten, sowie eine Person aus der Aufnahmegesellschaft ausgezeichnet werden.

Herr Murali lässt gemeinsam über den geänderten Beschluss sowie der geänderten Richtlinie abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Anpassung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises zum 01.04.2026 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Neues Logo des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration
Vorlage: 108/26**

Frau Gehrke erläutert, dass der Landesintegrationsrat den Kommunen mit einem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration einen Vorschlag für ein neues Logo unterbreitet habe. Ziel sei es, durch die Verwendung der Landesfarben Nordrhein-Westfalens die institutionelle Bedeutung und Einbindung der Gremien mit dem Land zu verdeutlichen. Zudem solle ein einheitliches Erscheinungsbild aller Ausschüsse die gemeinsame Stimme im politischen Diskurs stärken.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt, dem Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen zurückzumelden, dass das vorgeschlagene einheitliche Logo zukünftig genutzt und die für Rheine individualisierte Version zur Verfügung gestellt werden soll.

Darüber hinaus wird sich darauf verständigt, zukünftig die Abkürzung – analog zum neuen Logo – ACI statt ACul für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration zu verwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anpassung der Richtlinien zur Förderung der Integrationsarbeit
Vorlage: 077/26**

Frau Gehrke erläutert, dass eine Änderung der Bezeichnung des Gremiums erforderlich sei, da es nun „Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration“ und nicht mehr „Integrationsrat“ heiße. Dies stelle den ersten Anlass für die Anpassung dar. Weiterhin führt sie aus, dass auf-

grund der verfügbaren Fördermittel in Höhe von 10.000 Euro, der bisherigen Abrufzahlen sowie der allgemeinen Preissteigerung eine geringfügige Anpassung der Zuschusshöhen vorgeschlagen werde.

Frau Gehrke berichtet weiterhin, dass die Richtlinien sprachlich überarbeitet worden seien. Zudem könnten Anträge und Verwendungsnachweise künftig auch digital eingereicht werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration empfiehlt dem Sozialausschuss, die Anpassung der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen und sozialen Integration von zugewanderten Menschen zum 01.04.2026 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Förderung des Projektes "Rheine frühstückt fair und international"
Antrag an den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Vorlage: 135/26**

Frau Gehrke berichtet, dass der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration einen Förderantrag der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt Rheine (ASW) erhalten habe. Die ASW setze sich insbesondere für den fairen Handel und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ein. Geplant sei, am 9. Mai, dem Europatag, ein faires Frühstück auf dem Marktplatz in Rheine durchzuführen.

Herr Pirone erkundigt sich nach dem aktuellen Budget des Ausschusses und ob dieses durch die Unterstützung des Projekts vollständig ausgeschöpft werde. Herr Murali betont, dass die Mittel vorhanden seien und das Budget nicht vollständig ausgeschöpft werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt der „Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. Rheine“ einen Betrag in Höhe von 650 € aus seinen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines verabschiedeten und wirksamen Haushaltes 2026.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Berichte aus den Ausschüssen, aus den Arbeitskreisen des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration und dem Landesintegrationsrat NRW

Herr Murali berichtet aus dem Arbeitskreis zur „Interkulturellen Woche 2026“. Unter anderem sei beschlossen worden, die „Interkulturelle Woche“ in diesem Jahr vom 26. September bis zum 4. Oktober zu gestalten. Er schlägt vor, am 3. Oktober, wie in den Vorjahren, ein Fest mit den zugewanderten Vereinen zu organisieren und dabei auch ein aktuelles Projekt des Arbeitskreises zu präsentieren.

Herr Murali führt weiter aus, dass am 30. September das Einbürgerungsfest stattfinden solle, welches um 19:00 Uhr in der Mitte 51 beginne. Zudem sei für den

27. September ein Friedensgebet geplant, das im Rahmen des Tages der Flüchtlinge organisiert werde.

Darüber hinaus informiert Herr Murali, dass am 17. März ein erster Infoabend in der Mitte 51 zur Vorbereitung der interkulturellen Woche stattfindet. Er betont, dass der Arbeitskreis weiterhin nach neuen Mitgliedern suche, die bereit seien, sich aktiv einzubringen und die Arbeit zu unterstützen.

14. Anfragen und Anregungen

Herr Pirone erkundigt sich, ob es üblich sei, dass der Bulli der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Coesfeld in der Stadt auffällig präsent sei, da er diesen in den letzten Tagen an einer Kreuzung gesehen habe. Er fragt, ob es sich hierbei um eine Ausnahme gehandelt habe oder ob dies ein reguläres Vorgehen sei. Frau Gehrke erklärt, dass die Gestaltung des Bullis in der Verantwortung der ZAB liege.

Herr Pirone spricht anschließend den Gedenktag am 24. Februar an, der anlässlich des Jahrestages des Ukraine-Krieges von Herrn Zablonki organisiert worden sei. Er fragt, ob der Ausschuss in die Planung oder Durchführung dieser Veranstaltung einbezogen worden sei. Herr Murali erklärt, dass der Ausschuss nicht in die Organisation eingebunden gewesen sei.

Ende der Sitzung: 18:31 Uhr

Murali
Ausschussvorsitzender